

Bezugspreis: Vierteljahr 7.50 M., monatlich 2.50 M., ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Normalzeile ...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Dienstag, den 1. April 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Unveränderte Lage im Ruhrrevier.

Mit dem heutigen Tage soll im Ruhrrevier der Generalstreik einsehen, dem bereits in den letzten Tagen Arbeitsniederlegungen eines größeren Teils der Belegschaften vorangegangen sind.

Die Streikbewegung hat diesen Prozeß des Aufstiegs und der Eindringung, noch ehe er einleitet, vorläufig unterbrochen, und die Belieferung der Kohlenbezirke mit den ausländischen Lebensmitteln unmöglich gemacht.

Die spartakistische Arbeit im Ruhrrevier bildet ein Gegenstück zu den bekannten Vorgängen in Hamburg und Bremen, wo die Spartakisten das Auslaufen der deutschen Lebensmittelschiffe verhindern wollten.

Ueber die Lage im Grubengebiet geben uns folgende Meldungen zu:

Dortmund, 1. April. In der Stadt ist alles ruhig. Ein Generalstreik ist bis gegen Mittag nicht ausgedrochen.

Dortmund, 1. April vormittags. Der Streik hat bisher den gleichen Umfang wie gestern. Der Besetzungszustand wurde heute vormittags durch die Feiern bekanntgegeben.

Bei den aus Gelsenkirchen abgehaltenen Versammlung richtete der Spartaikführer Meindorf schwere Angriffe gegen die Unabhängigen, die die Versammlung einberufen hätten.

Bei den aus Gelsenkirchen abgehaltenen Schichtversammlungen sind fünf Personen getötet, mehrere verwundet.

Essen, 31. März. Hier und in der näheren Umgebung wird nicht gestreikt. Die Ruhe unter der Arbeiterschaft wird vor allem durch Ernährungs- und Kleidermangel gefördert.

Witten u. d. Ruhr, 31. März. Der Streik scheint dem Ende entgegenzugehen. Teilweise wird heute wieder gearbeitet.

Herne, 31. März. Auf den Sechensanlagen im Östener Gebiet streiken 1000 Bergarbeiter. Es heißt, daß morgen der Generalstreik ausbrechen soll.

Rossum, 31. März. Hier streikt augenblicklich die Belegschaft der Zeche Konstantin. In der Arbeiterschaft herrscht große Erregung.

Schwere Unruhen in Frankfurt a. M.

Die bürgermeisterliche Kammerkammer. — Gefangenentreibungen und Plünderungen. — Blutige Zusammenstöße. — Die Arbeiterschaft gegen die Plünderer.

Frankfurt a. M., 31. März. Bis jetzt wurden 300 Plünderer verhaftet und in einer Kaserne interniert. Bei den Unruhen kam auch ein Hilfskammermann ums Leben.

300 Plünderer verhaftet.

Frankfurt a. M., 31. März. Bis jetzt wurden 300 Plünderer verhaftet und in einer Kaserne interniert. Bei den Unruhen kam auch ein Hilfskammermann ums Leben.

Von 300 wird folgende Darstellung der Ereignisse gegeben: Bei der Verhaftung einiger Glücksspieler in dem nachmittags auf dem Marktplatz zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und einer Volksmenge, die für die Frau Partei nahm.

in den Main geworfen.

Befonnene Leute, die den Mann retten wollten, wurden von dem Mob mit dem Tode bedroht. Der Matrose ist ertrunken. Der Volkshaufe zog hierauf nach dem Untersuchungsgefängnis in der Dannebergstraße, entzündete die hier zum Schutz des Gebäudes aufgestellten Soldaten, drang in das Gebäude ein und befreite sämtliche Gefangenen, darunter zahlreiche Schwerverbrecher.

feinerer politischer Charakter

und sind nur auf ungezügelt und rohe Elemente zurückzuführen. Für die Nacht sind außerordentliche Sicherheitsmaßnahmen angeordnet. Eine Besatzung des Polizeipräsidiums verhängt für die Stadt von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens eine Straßensperre und verbietet Ansammlungen zu jeder Zeit auf den Straßen und öffentlichen Plätzen.

In Verlauf der heutigen Unruhen wurde sowohl das neue wie das alte Gerichtsgebäude gekürrt und die Klauen und Einrichtungsgegenstände auf die Straße geworfen und verbrannt. Die Häuser der Unabhängigen und Kommunisten, Dittmann und Wittmann, hielten Ansprachen, in denen sie zur Ruhe ermahnten.

25 Personen verletzt

wurden. Die Leiter der sozialdemokratischen Parteien, der kommunistischen Partei und des Arbeiterrates traten in der Nacht zu einer Sitzung im Polizeipräsidium zusammen und einigten sich auf einen Aufruf, in dem sie zum Ausdruck bringen, daß die Arbeiterschaft ohne Unterschied der politischen Gesinnung die Gewalttätigkeiten und Plünderungen verurteilt und brandmarkt.

Der zweite Rätekongreß.

Von Erwin Barth.

Am 8. April treten in Berlin die Delegierten der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands zu ihrem zweiten Kongreß zusammen. Nach der bisher bekanntgewordenen Tagesordnung steht die Frage der Arbeiterräte und die der Sozialisierung des deutschen Wirtschaftslebens in den Vordergrund der Verhandlungen.

Der zweite Rätekongreß unterscheidet sich von seinem Vorgänger in vieler Hinsicht. Damals waren in Berlin die Träger und Vollzieher der kaum erst vollzogenen Revolution beisammen, um sich über die nächsten politischen Aufgaben auszusprechen und um besonders die Garantien für die Ueberleitung des erschütterten Reiches in eine feste den Wünschen des Gesamtvolkes entsprechende Form zu beschließen.

Damals war, entsprechend dem Stand der Demobilisation, eine große Anzahl von Soldaten im Kongreß vertreten. Jetzt sind die Soldaten, bis auf einen Rest, Arbeiter geworden und an Stelle einer großen Anzahl von Soldatenräten sind Arbeiterräte getreten.

Im Dezember waren die Räte als die höchste politische Gewalt des revolutionären Deutschlands und als oberstes Kontrollorgan der provisorischen Regierung kraft revolutionären Rechtes zusammengekommen. Am kommenden Dienstag werden sie, nachdem nach ihrem, im Dezember ausgesprochenen Willen die politische Macht in Deutschland in die Hände der freigewählten Nationalversammlung gelegt worden ist, sich zu den Fragen äußern, die den wirtschaftlichen Aufbau Deutschlands betreffen und die zur Sicherung der Arbeiterwünsche auch auf wirtschaftlichen Gebiete gestellt sind.

Die Berliner Arbeiterschaft hat in den letzten Wochen wiederholt Gelegenheit gehabt, sich mit den Vorbereitungen zum zweiten Rätekongreß zu beschäftigen. Nach dem Wahlreglement, das der Zentralrat für die Wahl der Delegierten zu diesem Kongreß herausgegeben hat, hätte eigentlich die Berliner Arbeiterschaft ihre Arbeiterräte neu wählen müssen. Infolge der großen Schwierigkeiten, denen die Bezirksräte, die in dem Wahlreglement gefordert sind, bei der Kürze der Zeit in Groß-Berlin begegneten, ist eine Neuwahl der Arbeiterräte unterblieben und Berlin ist so vielleicht der einzige Ort im Reich, der auf Grund von Wahlen vertreten wird, die zeitlich weit zurückliegen und die seinerzeit unter ganz anderen politischen und wirtschaftlichen Stimmungen und für ganz andere Aufgaben vorgenommen worden sind.

Obwohl heute keine Möglichkeit mehr besteht, diesen Zustand mit Wirkung auf die Delegation zum Rätekongreß zu ändern, ist es doch nicht überflüssig noch einmal auf den Gegenstand: Bezirksräte wählen oder Berufswahlen zurückzukommen. Der „Vorwärts“ hat sich vor einiger Zeit für die Berufswahlen, als die beste und sicherste Wahlform für einen Rätekongreß eingesetzt.

Und wir halten heute noch daran fest, daß für einen Kongreß, der sich nicht mit den eigentlichen Berufsaufgaben befaßt, sondern der über allgemeine Organisations- und Wirtschaftsfragen zu beraten hat, die die gesamte Arbeiterschaft des Reiches ohne Rücksicht auf Berufsangehörigkeit betreffen, die Berufswahl ein Urding ist. Die Berufswahl ist nötig, wenn durch sie besondere Berufsangehörigkeiten besonders vertreten werden sollen. Das trifft bei dem Rätekongreß keinesfalls zu. Anders liegt die Sache hinsichtlich der Wahlen zu den reichlich zu errichtenden Arbeiterräten, die wir fordern und deren Aufgabe für die Regelung der Produktion im Rahmen der Berufsgruppen zu lösen sind. Für diese Körper sind natürlich Berufs- oder auch Betriebswahlen das geeignete. Diesen Unterschied muß man sich vor Augen halten, wenn man erkennen will, daß für allgemeine Reichsangelegenheiten territoriale Wahlen das richtige und wirklich demokratische Mittel ist.

Das Wahlreglement des Zentralrates ist gewiß an-

festbar. Insbesondere insofern, als nach ihm auch Unternehmern, die Arbeiter beschäftigen, mit wahlberechtigt sind. Wenn es auch nur eine kleine Gruppe von Männern ist, die dabei in Frage kommt, so sollten zu Arbeiterratswahlen doch nur Arbeiter zugelassen werden. Befürworter von Produktionsmitteln aber nur insofern, als sie allein und ohne Veranlagung von Hilfskräften produzieren. Der Rätekongress wird nicht darum herumkommen, klare Richtlinien für eine etwa künftig notwendige Wahl aufzustellen.

Die Aufgaben der Arbeiterräte müssen in zwei scharf abgegrenzte Klappen gegliedert werden. Zu Beginn der Revolution, als die alte Staatsmacht zusammenbrach, waren die Arbeiterräte, in Ermangelung jeglicher geordneter Staatsleitung, die berufenen politischen und wirtschaftlichen Machtorgane. Ihre Aufgabe war es, für den zusammengebrochenen Obrigkeitstaat eine neue, den freiheitlichen, demokratischen und sozialistischen Wünschen der Mehrheit des Volkes gerechtwerdende Staatsform vorzubereiten. Revolutionen können nicht ewig dauern. Sie sind der Uebergang von einer Herrschaftsform zu einer anderen. Die Revolution ist das Entscheidende, immer Bewegliche; sie muß, um zur Stetigkeit der Entwicklung des neuen Volkstums zu führen, in eine neue, feste, politische Form einmünden. Den äußerlichen Abschluß der politischen Seite der Revolution sehen wir in der durch freieste demokratische Wahl erfolgte Bildung der neuen Gewalten in Reich, Staat und Gemeinde. Diese haben die von den Arbeiterräten in der Revolutionszeit provisorisch ausgeübte politische Gewalt nach dem Willen der Arbeiterräte selbst im Namen des ganzen Volkes übernommen. Damit waren die politischen Aufgaben der Arbeiterräte erfüllt.

Aber in wirtschaftlicher Hinsicht, in der Frage der Sozialisierung unseres Wirtschaftslebens, der Betriebsdemokratie und des Arbeiterrechts, sind ihre Aufgaben noch nicht erfüllt. Die wirtschaftliche Umstellung Deutschlands ist ein unendlich viel schwierigeres Werk als die politische. Hierbei müssen die Arbeiterräte verantwortungsvolle große Arbeit leisten. Ohne die Arbeiterräte, ohne die zum Sozialismus treibende proletarische Mitwirkung ist der Abbau des Privatkapitalismus in Deutschland überhaupt nicht denkbar. Jeder Versuch, die Arbeiterräte bei der Umgestaltung des deutschen Wirtschaftslebens auszuschalten zu wollen, würde uns in schärfster Kompromittierung finden, weil damit die berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft nicht beachtet würden.

Das deutsche Proletariat hat an Stelle des Obrigkeitstaates den freien Volksstaat gesetzt. Neben der politischen Demokratie verlangt es aber die Sozialisierung unserer Produktion und die wirtschaftliche Demokratie. Darin wurzelt die von uns ganz entschieden unterstützte Forderung, die Arbeiterräte durch Gesetz zu organisieren und in der Verfassung für alle Zeiten zu verankern.

Beseitigung der Revolution auf dem Klagewege?

Gegenrevolutionäre Unterschämheiten.

Aus Halberstadt wird uns geschrieben: Als die neugewählte Stadtverordnetenversammlung ihre erste Sitzung abhielt, kam ein Wahlprotest des Rechtsanwalts Seine zur Verlesung, der gegen die Wahlen in Preußen und damit auch in Halberstadt Einspruch erhob, weil diese Wahlen — gegen die Städteordnung verstößten! Die Stadtverordnetenversammlung ging debattiert über den Protest zur Tagesordnung über. Damit begnügte sich dieser freibleibende Herr nicht, sondern strangte Klage bei dem Bezirksauschuss in Magdeburg gegen die Stadtverordnetenversammlung in Halberstadt an, und der Bezirksauschuss forderte innerhalb 14 Tagen von der Stadtverordnetenversammlung die Beantwortung dieser Klage. Es ist selbstverständlich, daß die Stadtverordnetenversammlung auch über die

Aufforderung des Bezirksauschusses (Unterschrift: Schawinsland) zur Tagesordnung übergehen wird. Denn die sozialistische Mehrheit der Stadtverordneten ist der Ansicht, daß der Bezirksauschuss sich an die preussische Regierung wenden müßte, wenn er eine Erörterung über die Gültigkeit der preussischen Stadtverordnetenwahlen auf Grund des allgemeinen, geheimen und gleichen Wahlrechts herbeiführen will. — Aber wir richten an den Minister des Innern in Preußen die Frage: Wie lange sollen wir eine solche Beschönigung der Revolution und noch gefallen lassen?

Gardetruppen, Politik und Reichswehr.

Tagung des Soldatenrats des Gardekorps.

Die heute vormittag im Herrensaal abgehaltene Versammlung des Soldatenrats des Gardekorps beschäftigte sich wieder mit dem noch nicht erledigten Konflikt zwischen dem Korps-Soldatenrat und dem kommandierenden General v. Böckmann. Es handelt sich darum, daß der General in einer Ansprache an den Korps-Soldatenrat zu erkennen gegeben hat, daß er das Zusammenarbeiten mit dem Korps-Soldatenrat von verschiedenen zum Teil sehr wesentlichen Einschränkungen der Befugnisse desselben abhängig mache. In der heutigen Versammlung besprach Stödel eine von den Soldatenräten von acht Kavallerieregimenten veröffentlichte Kundgebung, wonach sich diese Regimenter auf den Standpunkt stellen, den der kommandierende General gegenüber dem Korps-Soldatenrat ergriffen hat. Die Kundgebung betont,

daß die Politik aus dem Heere fern bleiben müsse,

das Heer sei der Regierung unbedingten Gehorsam schuldig. Das schließt die politische Tätigkeit des einzelnen Soldaten im Rahmen seiner Staatsbürgerrechte nicht aus. Stödel wendete sich gegen diese Auffassung und führte aus, das Heer sei doch kein Kabinettstheater.

H. Maher vom 1. Garderegiment erklärte, daß Politik innerhalb der Truppenteile betrieben wird, was dazu geführt habe, daß einzelne Regimenter gegeneinander Front machten. Das sei ein unhaltbarer Zustand, der dazu geführt habe, daß die Regierung sich auf die Freiwilligenverbände stützen mußte, weil die Gardetruppen bei den Unruhen nicht verwendbar waren.

Fellechner teilt mit, daß Gouverneur-Schöpflin heute vormittag den

Stadtkommandanten Klauwunde seines Amtes enthoben

und ihn, Fellechner, mit der Führung der Geschäfte der Kommandantur betraut habe.

Die Kundgebung der acht Garderegimenter wegen der Forderung an den General Böckmann wurde von allen Rednern, die dazu sprachen, beurteilt. Ein Vertreter des Garderegiments erklärte, in seinem Regiment wisse niemand etwas von dieser Kundgebung. Der Soldatenrat Unteroffizier Stödel meinte, dessen Name als Vertreter des Garderegiments unter der Kundgebung stehe, sei schon seit mehreren Wochen in Urlaub.

Einem weiteren Punkt der Versammlung bildete die

Übernahme der Gardetruppen in die Reichswehr.

Wie der Referent Stödel sagte, sollen die Gardetruppen mit Ausnahme der Regimenter Franz und Augusta in die Reichswehr übergeführt werden. Für den Ausschluß der beiden Regimenter werden rein formale Gründe angeführt. Der Referent glaube jedoch zu wissen, daß die gegen diese Regimenter herrschende Stimmung und der Umstand, daß sie keine Offiziere haben, der wirkliche Ausschlußgrund sei. Zu dieser Angelegenheit liegt folgende Resolution vor:

Die Soldatenräte des Gardekorps nehmen mit Entrüstung Kenntnis von der Verfügung des Generalkommandos, wonach bei Errichtung der Reichswehr die Gardetruppen mit den freiwilligen Verbänden des Generalkommandos v. Lüttich verschmolzen werden sollen. Bei der Nichtstimmung, die in weiten Kreisen der Bevölkerung im allgemeinen und der Berliner im besonderen gegen die Freiwilligenverbände herrscht, hätten die Versammelten es für richtig gehalten, die für Groß-Berlin in

Frage kommenden Reichsbrigaden nur aus Gardetruppen unter Befehl des Generalkommandos des Gardekorps zu formieren. Die Versammelten sind mit einem Zusammenarbeiten mit den freiwilligen Verbänden unter der Bedingung einverstanden, daß unbeschadet unserer Stellungnahme zu den Hamburger 7 Punkten der Erklärung vom 19. Januar auch auf die Reichswehr Anwendung findet.

Die Resolution wurde einstimmig angenommen und soll durch eine Kommission dem Reichswehrminister Postle überreicht werden.

Die Lage in Stuttgart.

Stuttgart, 1. April. (Fig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Dem Generalstreik hat sich heute der Bürgerstreik angeschlossen. Sämtliche staatlichen und städtischen Bureaus sind geschlossen, ebenso alle Läden, auch die der Bäcker und Fleischer. Die Straßenbahn fährt nicht. Das Gaswerk stellt heute nachmittags den Betrieb ein. Das Elektrizitäts- und das Wasserwerk arbeiten.

Der Generalstreik ist in erster Linie politisch, er richtet sich gegen die Zusammenziehung der Regierung und will die Entlassung der bei den Januarunruhen Verhafteten erzwingen. Die Streikleitung ist ohne Zweifel spartakistisch, doch halten sich die Führer im Hintergrund. Zu den politischen Forderungen werden jetzt auch wirtschaftliche erhoben.

Außerordentliche Kriegsgerichte.

Die Regierung hat Dienstag früh folgenden Erlaß durch Maueranschlag bekanntgegeben:

Wegen dringender Gefahr für die öffentliche Sicherheit wird der Belagerungszustand für das Gebiet des Stadtkreises Stuttgart, des Oberamts Stuttgart, Eßlingen, Cannstatt und Böblingen von der Staatsregierung erklärt. Im Einverständnis mit dem militärischen Befehlshaber werden mit sofortiger Wirkung folgende Anordnungen getroffen:

1. Alle Menschenansammlungen auf Straßen und Plätzen sowie öffentliche Umzüge aller Art sind verboten. Keine Versammlungen.

2. Die Beschränkungen des Gesetzes hinsichtlich der Verhaftungen, Beschlagnahme und Durchsuchung sind aufgehoben.

3. Die Verbreitung von Flugchriften und Handzetteln, ebenso der Vertrieb von Zeitungen auf Straßen und Plätzen ist nur mit Genehmigung der Regierung gestattet.

4. Die Polizeistunde wird abends 8 Uhr festgesetzt. Alle öffentlichen Lokale, Wirtschaften, Theater und Kinos sind um 8 Uhr zu schließen und dürfen vor morgens 9 Uhr nicht geöffnet werden. Der Straßenbahnverkehr ist von 9 Uhr abends ab verboten.

5. Die Regierungsgesetze sind ermächtigt, jeden zu verhaften, der es unternimmt, die öffentliche Ruhe und Ordnung zu stören oder den Bestand des Staates oder der Regierung zu gefährden.

6. Für das Gebiet des Belagerungszustandes werden außerordentliche Kriegsgerichte eingesetzt, die in beschleunigtem Verfahren alle Strafsachen des Hoch- und Landesvertrates, Aufruhr, Mord und Raub, der Plünderung, der Verletzung von Gefangenen, der tätlichen Widersehung, der Verletzung von Eisenbahnen und Telegraphen, des unbefugten Postentragens, endlich alle Inzidenzhandlungen gegen die von der Regierung im Interesse der öffentlichen Sicherheit erlassenen Verbote abzurteilen haben.

Die Regierung fordert die Bevölkerung auf, ihren Anordnungen unbedingt Folge zu leisten. Nur dadurch würde es möglich sein, den Belagerungszustand in kürzester Frist wieder aufzuheben.

Gärung in Prag.

Wien, 1. April. Nach einer Prager Meldung der Blätter fand dort eine sozialistische Massenversammlung statt, in der beschlossen wurde, überall Arbeiterräte zu bilden und den Kampf um die Diktatur des Proletariats aufzunehmen.

Sift und Galle.

Unterirdische politische Literatur.

Wenn Staaten unter Gewalt leben, die ohne Beschränkung das freie Volkswort nicht sicher können, dann lebt dieses Wort, das in Bedrängnis am allerwichtigsten Schweigen kann, sich auf heimlichen Wegen aus. Das vollzieht sich geradezu notwendig, und was da geredet und geschrieben wird, hat einen Zeitwert, der oft nicht gering ist, ob auch die günstigen Literaturgeschichten nichts davon wissen mögen. Unerschöpfliches Volksgedächtnis spricht darin aus, wie's ihm ums Herz ist, es redet heftig und ungelent, knittelhaft und ungehobelt, und das gerade macht den Wert aus. Darin aber zeigt sich nun ein sehr Gutes, was Revolutionen haben, daß sie nämlich dem Ausdruck natürlichen Volksgedächtnis die vorantastende Freiheit sich öffentlich ganz nach eigenem Willen zu ergeben, einzuräumen. Was das bedeutet, wenn eine Revolution Dauer hat, ist leicht einzusehen. Es schafft Kräfte einer neuen Kultur die Möglichkeit, Wurzeln und Wipfel zu treiben. Kulturen, die aber wirklich Neues wachsen lassen und somit Alles, Abgelebtes verdrängen, müssen von unten aus dem Reich der unbrauchbaren Säfte aufsteigen. Das fühlen wir heute. In unserer aufmerksamsten Beachtung und hohen Einschätzung des Primären spricht sich das aus. Alles, was dazu gehört, kann also in unseren Zeitläuften auf eine besondere Bewertung rechnen. Es ist viel mehr als bloß Kuriosum, und das mag nun auch einem Buch zugute kommen, das eben jetzt in nicht zu überschender, rebellisch erregter äußerer Verpackung unter dem Titel „Sift und Galle“ in den Läden aufsteigt.

Mit diesem Buch, das Ernst Drahn, der rege Sammler und Kenner literarischer Revolutionselemente, zusammengestellt hat, steigt der alte berühmte Verlag Hoffmann u. Campe aus langer Vergrabenheit wieder ans Tageslicht. Er knüpft gewissermaßen an seine vormärzlichen Traditionen wieder an, denn dem Flugblattemarkt jener Zeit hat er jahrelang ganze Karawanen der kleinen politischen Traktate zugeführt, mit deren Geist das jetzt Gegebene vielfach verwandt ist. All jenes war für den Tag, dieses vielfach Verlorenes und Verbotene, und das Allermeiste ist längst vergessen. Aber unsere Gegenwart adert in den Pflichten und Freuden unterirdischer Freiheit und kann endlich einmal bereit besetzen, was diesen Jahrzehnten voren halten war. Sie kann ihr Eigenes an aufklärerischer Literatur drucken, ohne vom Herrscher auf Scheiterstufen gerathen zu sein, und kann ebenso bezügliche Erzeugnisse vergangener Zeit, wozu dies und jenes noch heimlich umhelft, auf offener Markt ausbieten. Das hat Ernst Drahn zu seinem Buche geführt. Mit ein paar feinen Griffen hat er zehn Tugen unterirdische Literatur aus zwei Jahrhunderten herorgeholt und zu einer Sammlung radikalistisch-derber politischer Volkstexte zusammengestellt.

Der zwei Jahrzehnten gab Hans Ostwald seine drei Geste „Anknüpfender“ heraus, hier darunter wertvollen Ausblick auf die soziale Epoche des Kampfes, Titens- und Subalternums. Ein paar Ansätze politischer Part waren dabei: mittelalterliche Vegetationsfäden, oder auch einigszweige Neuzelische. Das Wichtigste,

Bestigste von solchem Stoff ließ sich damals nicht geben. Nun hat Ernst Drahn in dieser Beziehung einiges ergänzend nachgeschickt. Nur mißt sich's hier unter Tuchen den recht gesulter, härter Form und oft adäquaterem dialektischen Gehalt. Die Verse der Tyrannenbitter des 18. Jahrhunderts sind ganz von solch literarischem Art, aber auch vorwärtiges und Märktliches und anderes der letzten fünfzig Jahre, Deutsches wie Fremdländisches, gehört dazu. Das konnte auch gar nicht anders sein, solange der Charakter der Revolution bürnenklar war.

Die Anfänge der Revolution in Deutschland sind mehr politisch als sozial bewegt. Sozialer Unreife entspricht aber geistige Abhängigkeit. Französische Revolutionsbegriffe wurden als offenbare Geboten aufgesogen und nachhergeut. Die Schwäche des revolutionären Geistes kommt in einem Mangel an eigenen christlichen Formen zum Ausdruck. Nur die Botschaft der ersten Vorkämpferzeit erreicht die Schwung echten Volksgedächtnis. Bezeichnend für die abhängige geistige Genügsamkeit der deutschen Revolutionsanfänge ist jene von Drahn mitgeteilte Umänderung des Schillerischen Liedes an die Freude in ein „Lied an die Freiheit“; sie kann als eine typische Stellung Kleinbürgerlich-demokratischer Gesinnungsdarum aus der Zeit um 1800 gelten. Selbst der sieben-teilige lustig-bühnliche Winkler auf den Berliner Kommunionsprojekt von 1847, den Drahn in der „Deutschen Brüsseler Zeitung“ aufgeführt hat, läßt jenes Bedürfnis nach korrekter Wahrung altererbter rühmlicher Formen erkennen. Das ist im Grunde auch so bei dem berühmten „Neuen Wintermärchen“, das nach 1871 entstand und mit schonungsloser Satire auf die preussische Pfaffenkultur jenes neuen Deutschen Reichs lospöbelte. Dieses Gedicht in jenen Kapiteln, ein Hauptstück der Sammlung und bis heute heraus immer wieder und in unzähligen Woffenaufgaben in Lipputormat als verbotene Schrift verbreitet; folgt in Form und Ton genau dem ursprünglichen „Neuen Wintermärchen“ Heinrich Heines. Doch will beachtet sein, daß hier eine offen ausgetragene Kritik vorlag, als „Seine redivivus“ aufzutreten:

Wacht Wacht auf dem dem deutschen Büchermatt!
Ach bin der Notdurft's Wort!
Mir hab' ich nun schon lang' euer Zeug gequart,
Nun hört auch wieder das, meine!

Anderer aber läßt sich das Bild, seit die Revolution Sache des Proletariats wird. Die Zeit des Sozialismus hat aus Geist und Kraft umschiffen-weise proletarische Klassenkampfströmen geboren. Drahn teilt davon Bezeichnendes mit (er hätte noch mehr geben sollen). Nun blüht sozialistisches Volksgedächtnis mit Sprengkraft aus harten Schellen. Ein um die Jahrhundertwende entstandener Generalstreikmarisch ist voll dröhnenden Aufstehens. Die ersten Versuche finden sich mit anderem revolutionären Platz. Ein Vergleich etwa der doch gewiß starken Freiheitliche Schelle, dieses lauchenden Worts aus der Zeit des vierlos Kofflers von 1819, mit dem ewigen Klassenkampfgedicht „Vernunft“ nach dem Weg führer, den die Entfaltung des Freiheitskämpfers durch das Jahrhundert hin zurückspiegt hat. Zwei grundverschiedene Zeiten reden. Das neueitliche Gedicht „Heiliges Russland“ von Th. Seemann, das die Schweden blühender Volksergötzung, in aufwühlendster Schwärzlichkeit abspart und jede Strophe mit

einem schneidend grellen Lachen abschließt, wäre früher nicht möglich gewesen. Das charakteristisch geformte Gedicht beginnt:

Zwanzig Leiden auf einem Wagen!
Die Köpfe baumeln wie Köberlsche,
Die Leiber sind blutig, die Glieder zerföhren,
Als würden die armen Mittelgeschöpfe
Soeben zum Schlachthaus herangeföhren!
Nur blutiges Fleisch, nur schwumpige Föhren,
Die häumt sich das Herz, dich kral! das Entföhren;
Du kral! was geschah?
Gahahaha!

Ob ein aus bürgerlicher Schicht stammender Sozialist oder ob ein vom Volksgedächtnis belebter Proletarier selbst ein politisches Arbeiterpoem geschrieben hat, ist ziemlich sicher an dem wesentlich anderen Blutgang zu erkennen. Auch was Drahn aus der Zeit unserer heutigen Revolutionsperiode mitteilt, läßt diesen Unterschied deutlich werden. Das letzte Gedicht der Revolvergruppe ist weitrevolutionär. Es wurde am 9. November als Einblattdruck in Berlin verbreitet. Es heißt satirisch Drahn's Abend nun dafür, daß die Deckung aufgestellt wird. Ueberdies haben „Der Sturm“, läßt es jede Strophe in die Verse ausüben:

Es war's ein Leben nur,
Es schwillt zum Sturme an.
Verhört sich dann mit aller Macht,
Wacht zum Erlöse an.

Drahn weist im Antwort seines Buches auf briefliche Anmerkungen von Friedrich Engels über Revolutionslieder hin. Sie sprechen die Kritik aus. Die Poesie vergangener Revolutionen sei für spätere Zeiten selten von revolutionärem Effekt. Die Karikatur, die Drahn's Buch in zwei U-Vertragungen gibt (auch „Caricature“ und „Internationale“ heißen nicht), wollte Engels „leid davon ausgekommen“ wissen. Das jenseitige sollte, daß Engels dem Umstände zu, daß Revolutionspoesie, um auf die Massen zu wirken, auch die Massen vorurteile der Zeit wiedergeben muß; Engels dachte dabei an die Charakteristiker; er sprach von deren „religiösen Wahn“. Er hat nun weitgehend recht; deutsche Revolutionspoesie ist der Masse noch durchaus verträglich; sie ist ebenso kurzweilig wie Leitartikel der Tageszeitungen und ist ja auch deren angenehmer Schmecker. Was heute als Revidenschaft wirkt, ist oft morgen schon dünner Schäumen. Dennoch aber gibt es Leistungen, die zwar ebenso Einzel dem Gesellschaftsleben einzuhauben, aber doch nicht Staub oder Ränne werden. Das eben spürt man wieder einmal in Ernst Drahn's „Sift und Galle“.

In diesem Buch geht und wagt, ich weiß und lobet festliche Anknüpfend. Sie könnte im einzelnen Ruf und Schwung bis auf das Wenigste nicht zu Tauerheit der Revolutionsmassen werden, aber auch nicht befehlen, besprechenen Wittern bringt sie oft eigenmächtig und hartnäckig auf uns nachgedenken ein.

Notizen.

— Volksbühne. Die nächste Aufführung der Volksbühne, Theater am Wilhelmsplatz, in Altona, „Benjamins“ mit Max Dietrich in der Titelrolle und Ernst Stroh, Nachbaur als Achilles. Regie: Paul Legband.

